

Beitrag 4 vom 09.12.2025:

Globalisierung:

Ich möchte an dieser Stelle zunächst auf meinen Beitrag dieser Internetseite in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ im Themenbereich 5 ‚Wirtschaft‘ und dort den Beitrag 6 ‚Globalisierte Wirtschaft: Chancen und Risiken‘ verweisen: In diesem Beitrag erläutere ich die vielen Vorteile einer globalisierten Weltwirtschaft mit der dazugehörigen Arbeitsteilung für alle Beteiligten. Allerdings stelle ich dort ausdrücklich klar, dass vor allem folgendes erfüllt sein muss, damit die beschriebenen Vorteile auch wirklich wirksam sein können:

Alle Beteiligten müssen sich an international vereinbarte Handelsregeln auch wirklich halten, welche sinnvollerweise unter anderem neben gleichberechtigten Marktzugängen auch wettbewerbsverzerrende Maßnahmen wie staatliche Subventionen, Verletzung von Mindeststandards im Umweltbereich sowie im Hinblick auf ethische Standards wie ausbeuterische Arbeitsbedingungen (z.B. Kinderarbeit) verhindern. Denn dadurch zu erzielende Preisvorteile gegenüber Ländern, die derartige Minimalstandards aus guten Gründen einhalten, würden die Unternehmen in jenen Ländern in inakzeptabler Weise benachteiligen.

Leider sind zentrale Aspekte des oben Geschilderten immer wieder in den letzten Jahrzehnten verletzt und zwar sowohl vom Westen – beispielsweise von der Europäischen Union bzw. damals der Europäischen Gemeinschaft – als auch zunehmend und besonders gravierender Form von Ländern wie China.

Ich zitiere nachfolgend aus meinem oben auf dieser Seite zu findenden Beitrag:

„Gerade arme Staaten sind auf einen möglichst freien Handel angewiesen, um durch den Verkauf ihrer Produkte an die Reichen mehr zu verdienen und ihren Wohlstand zu heben. Daher ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, den Welthandel auszubauen und Handelsschranken abzubauen. Das ist weitaus besser als jede noch so gut gemeinte Entwicklungshilfe! Folgende Absurdität zeigt dies: Auf der einen Seite geben die Länder der Europäischen Union Geld an hilfsbedürftige Länder, damit sie sich besser entwickeln können und auf der anderen schotten wir unsere Märkte gegen ihre Produkte ab, sodass sie ihre Waren hier nicht verkaufen können. Dem ganzen Irrsinn setzten wir

dann noch die Krone auf, indem wir ihre Märkte beispielsweise mit subventionierten Lebensmitteln überschwemmen und die wirtschaftliche Existenz der Kleinbauern vernichten, für die zuvor aus Geldern der Entwicklungshilfe Brunnen gebohrt worden sind. Mit anderen Worten: Zuerst geben wir aus dem reichen Norden Geld an den ärmeren Süden, damit dort die Bauern höhere Ernteerträge erzielen können. Dann verhindern wir aber, dass sie ihre Waren bei uns verkaufen und zerstören zudem gänzlich die Lebensgrundlage der dortigen von uns aus Steuergeldern zuvor geförderten Landwirte, indem wir ihre Märkte mit ebenfalls aus Steuergeldern subventionierten Lebensmitteln überschwemmen, sodass die armen Landwirte im Süden ihre Produkte selbst im eigenen Land nicht mehr verkaufen können. Es wäre für alle ein Riesenfortschritt, wenn der ganze Irrsinn aufhörte: Wir im Norden könnten einige Waren preisgünstiger kaufen, sparten viel Geld für überflüssige Subventionen und müssten bald kaum noch Entwicklungshilfe leisten, weil eben auch die bisher armen Nationen im Süden mehr an uns verkaufen könnten und ihre Märkte durch unfaire, subventionierte Waren aus dem Norden nicht kaputt gemacht werden würden. Auch wenn sich in den letzten Jahren einiges an der soeben beschriebenen Situation verbessert hat, war dies eine Jahrzehnte lang geübte Praxis, welche zudem immer noch bei weitem nicht vollständig überwunden ist.

Eigentlich verhält es sich ganz einfach mit der internationalen Arbeitsteilung: Wenn jedes Land das macht, was es am besten kann und dann die Früchte seiner Arbeit auf dem freien Markt anbietet, um sie dort zu verkaufen und seinerseits von den anderen die Güter günstig einkauft, die es selber nicht herstellt, dann kommt dies allen Beteiligten zugute. Entscheidend für den Erfolg einer solch international verflochtenen Wirtschaft sind allerdings für alle offene Märkte ohne Abschottungen oder Diskriminierungen welcher Art auch immer sowie ohne wettbewerbsverzerrende Subventionen oder Umweltdumping. Gerade letzteres müssen wir und insbesondere unsere Nachfahren teuer bezahlen.

Es ließen sich noch sehr viele weitere Gründe und Beispiele – historische wie gegenwärtigen – aufführen, welche die Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung und einer damit einhergehenden globalisierten Wirtschaft eindrucksvoll belegen könnten. Aber es soll an dieser Stelle genügen, einige wichtige Punkte erläutert zu haben, um nun-

mehr die Risiken einer solchen Wirtschaftsweise in den Blick zu nehmen und vor allem auch, wie man diesen sinnvoll begegnen könnte und sollte.

Ein Wirtschaftssystem – ob auf nationaler oder internationaler Ebene – kann überhaupt nur dann funktionieren, wenn es ein für alle Beteiligten einzuhaltendes Regelwerk gibt. Das ist unter anderem auf dieser Seite unter dem Punkt ‚Freie Marktwirtschaft‘ erläutert worden. Zudem sollte dieses Regelwerk für alle gleich oder zumindest annähernd gleich gelten, so dass ungerechtfertigte Diskriminierungen wirksam verhindert werden. Wir haben oben bereits ein Beispiel von solchen ungerechtfertigten Benachteiligungen im Handel zwischen den Ländern der Europäischen Union und Entwicklungsländern kennengelernt. Aber wir hier im Westen sind nicht nur Täter, sondern auch Opfer derartiger Benachteiligungen und drohen es zukünftig noch viel stärker zu werden, wenn wir nicht rechtzeitig und entschieden gegensteuern. Es sei hier vor allem China erwähnt, dass sich ohne Skrupel Vorteile verschafft und zwar unter anderem mit folgenden, unfairen Mitteln:

- Chinesische Firmen kaufen – oftmals mit mehr oder weniger verdeckter Staatsunterstützung – Hochtechnologiefirmen oder andere innovative Unternehmen im Westen auf, ohne dieses Recht in gleicher Weise ausländischen Firmen bei sich im Land zu erlauben, vor allem natürlich aus Europa und den USA.
- Chinas Wirtschaft ist bei all ihren Aktivitäten nicht frei, so, wie wir es im Westen kennen. Sie ist nicht nur viel enger mit der Staatsführung verknüpft, sondern wird oftmals gerade bei aus Sicht jener politischen Führung strategisch wichtigen Auslandsengagements massiv finanziell und auf andere Weise in einer Weise unterstützt, die bei uns schlicht verboten wäre. Infolgedessen erobern sie mit unfairen Methoden Marktanteile und Zukunftstechnologien, denen unsere Unternehmen schon heute teilweise kaum oder manchmal nichts entgegenzusetzen und dann das Nachsehen haben. Damit verschafft sich China vor allem langfristig wirtschaftlich wie auch politisch Vorteile, die für uns äußerst bedrohlich werden könnten.
- Westliche Unternehmen werden mit klar illegalen Mitteln in China selbst, aber auch bei uns in einem Ausmaß hinsichtlich ihrer geschützten Erfindungen beklaut, dass dies bereits ganz

erhebliche negative Auswirkungen auf diese Unternehmen und die ganze Wirtschaft überhaupt hat und damit letztlich auf unsere gesamte Gesellschaft. Auch hier zeigt China keinerlei Skrupel bei seinem Vorgehen.

Bei all dem kommt erschwerend hinzu, dass es sich bei China um keinen freien, demokratischen Staat, sondern um eine Einparteien-diktatur handelt, die mit brutaler Härte alle abweichenden Meinungen unterdrückt. Ebenfalls existiert dort kein Rechtstaat: Die Justiz ist williger Erfüllungsgehilfe der politisch Herrschenden. Insofern dürfen auch ausländische Unternehmen dort nicht auf irgendeinen Rechtsschutz, wie wir ihn im Westen kennen, hoffen.

Allein aufgrund der soeben beschriebenen Tatsachen kann es keinen internationalen Handel mit China in der gleichen Weise geben, wie unter Partnern, die unsere westlichen Werte teilen und zwar sowohl aus rein wirtschaftlichen als auch politisch-moralischen Gründen. Das heißt zwar keinesfalls, dass wir überhaupt keinen Handel mehr mit China betreiben sollten. Aber wir müssen im Umgang mit solchen Ländern eine viel härtere Gangart einlegen, auch wenn dies mit kurzfristigen Wohlstandseinbußen einhergehen sollte. Wir dürfen solchen Staaten mit ihren unfairen Mitteln und Handlungsweisen nicht erlauben, unseren Unternehmen unlautere Konkurrenz zu machen, um sie sich dann entweder einzuverleiben oder aus dem Markt zu drängen und dann mit ihren staatlich gestützten Unternehmen die Märkte beherrschen. In welchem Maße wir bereits von einem Land wie China abhängig sind, hat sich beispielsweise im Zuge der Corona-Pandemie und den gestörten Lieferketten gezeigt. In diesem Fall war nicht einmal ein geplantes Vorgehen der chinesischen Führung maßgeblich verantwortlich, sondern diese weltweite Seuche. Aber wir sollten daraus lernen und alle einseitigen Anhängigkeiten von China – sei es als Absatzmarkt für unsere Produkte oder Einkaufsmarkt für Rohstoffe wie ‚Seltene Erden‘ – vermeiden, auch wenn dies kurzfristig Kosten verursachen sollte. Die Kosten, die uns in Zukunft sonst drohen, werden nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eine ganz andere Größenordnung zur Folge haben.

Abhängigkeiten anderer Art erleben wir zurzeit aufgrund des verbrecherischen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine: unsere europäische und vor allem auch deutsche Rohstoffabhängigkeit von

Russland. Ein Großteil der wirtschaftlichen wie politischen Elite hat einseitig auf billige russische Rohstoffe wie Erdgas oder Öl gesetzt, ohne die vielen Warnsignale mindestens der letzten zehn Jahre ernst zu nehmen: Putins Russland hat mehrfach skrupellos internationales Recht gebrochen, ohne dabei auf Menschenleben Rücksicht zu nehmen. Und auch im Innern ist die Opposition zu Putins korruptem System immer weiter unter Druck geraten bis hin zum Mord und zwar nicht nur in Russland selbst, sondern sogar hier bei uns. Mit solch einem Regime darf man auch wirtschaftlich keine derart großen Abhängigkeiten infolge wirtschaftlicher Verflechtungen eingehen, wie beispielsweise mit unseren westlichen Partnern, auch nicht, wenn es zunächst lukrativ erscheint. Derart kurzfristiges Denken wird zumeist früher oder später bestraft, wie wir es zurzeit erleben.

Was lernen wir aus alldem? Einerseits ist die internationale Arbeitsteilung und die damit einhergehende globalisierte Wirtschaft prinzipiell ein Segen für alle daran Beteiligten. Allerdings gilt dies in dieser Allgemeinheit nur dann, wenn für alle die gleichen Regeln gelten und dies auch wirksam kontrolliert und durchgesetzt wird. Ansonsten wird diesem an sich sinnvollen System der internationalen Arbeitsteilung der Boden, auf dem es steht, entzogen und es setzt sich der brutale, rücksichtslose Rechtsbrecher gegen alle rechtstreuen Beteiligten durch.“ Ende des Zitats aus meinem Beitrag auf der Vernunftplattform dieser Seite.

Aber damit nicht genug: Wir in Europa fügen unserer Wirtschaft aufgrund eigener Gesetzgebung Nachteile im Vergleich mit Wettbewerbern aus anderen Regionen der Welt zu, indem wir unseren Unternehmen Kosten aufbürden, die für andere Unternehmen außerhalb Europas nicht gelten! Ein Beispiel, welches im ARD-Pressclub vom 09.11.2025 besprochen worden ist:

Ich zitiere aus der Programmankündigung:

„Die deutsche Industrie steckt tief in der Krise. Seit 2019 sind rund 150.000 Jobs verloren gegangen. Neben der Automobilindustrie klagt auch der zweitgrößte Arbeitgeber, die Chemieindustrie, über einen massiven Produktionsrückgang. Branchenvertreter machen dafür die hohen Energiepreise verantwortlich, die mit der Abkehr vom fossilen Zeitalter zu tun haben. Haben Sie Recht?

Klimapolitisch steuert die Welt gerade auf eine Katastrophe zu. Kurz vor der 30. Weltklimakonferenz in Brasilien prognostizieren die

Vereinten Nationen einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um bis zu 2,8 Grad. Klima schützen, Arbeitsplätze sichern – wie kann beides zusammen gelingen?

Der Chef des Chemieunternehmens Evonik, Christian Kullmann, war der erste, der sich dafür starkgemacht hat, den europäischen Emissionshandel abzuschaffen, zumindest aber deutlich zu entschärfen. Inzwischen bekommt er Rückendeckung vom Chef des größten Chemiekonzerns der Welt, Markus Kamieth, BASF. Das Argument der Manager: Da dieses Gebührenregime nur in Europa gelte, führe das zu einem starken Wettbewerbsnachteil der deutschen Industrie auf dem internationalen Markt. Die EU hat den Emissionshandel 2005 eingeführt, um die grüne Transformation voranzubringen. Und das mit Erfolg: Die klimaschädlichen Emissionen sind in Europa – im Gegensatz zu anderen Regionen der Welt – deutlich zurückgegangen. Seither müssen europäische Industrieunternehmen Verschmutzungsrechte erwerben, wenn sie klimaschädliches CO₂ ausstoßen. Bald sollen diese Zertifikate deutlich mehr Geld kosten. Die Industrie hält das für einen Wettbewerbskiller, der Deutschland Arbeitsplätze kosten und unseren Wohlstand gefährden werde. Zurzeit sind rund eine halbe Million Menschen in der chemisch-pharmazeutischen Industrie beschäftigt. Wie lange noch? Neben der CO₂-Gebühr ächzen die deutschen Unternehmen nämlich nicht nur unter hohen Stromkosten, sondern auch unter hohen Personalkosten und teuren Rohstoffen.“

Man muss sich das einmal vor Augen führen: Wir in Europa verteuern einseitig **nur** für unsere Unternehmen den Verbrauch von CO₂, ohne dass uns dies andere Regionen nachtun. Infolgedessen werden CO₂-intensive Unternehmen in diesen Regionen, welche mit uns im Wettbewerb stehen, zu deutlich niedrigeren Kosten Produkte herstellen können und damit in Europa ansässigen Unternehmen Marktanteile wegnehmen. Oder aber Unternehmen, wie die deutsche BASF, investieren dann eben verstärkt in jenen Regionen, welche bessere Konditionen als hier anbieten: BASF plant gerade eine 10 Milliarden Euro Investition in China! Auch der Umwelt ist damit überhaupt nicht gedient, wenn dann das CO₂ in China und nicht mehr in Deutschland in die Luft geblasen wird.

Wir müssen endlich in Deutschland und Europa umsteuern – wie oben bereits erwähnt – damit wir nicht immer mehr Wettbewerbsfähigkeit

und damit Wirtschaftskraft verlieren. Denn ohne eine starke Wirtschaft verlieren wir nicht nur Wohlstand, sondern auch die Möglichkeit selbstbestimmt und nicht fremdbestimmt – womöglich noch durch Diktaturen – zu leben. Nicht zuletzt geben wir anderen, aufstrebenden Ländern dann auch überhaupt keinen Anlass, unserem Beispiel zu folgen, insbesondere auch nicht im Umweltschutz.

Abschließend möchte ich klarstellen, dass mir jener Umweltschutz sehr wichtig ist. Aber er muss eben in einer Weise organisiert werden, dass er auch in der Realität wirkt. Es reicht eben nicht aus, sich schöne Dinge auszudenken, die dann aber schlicht und einfach nicht so wirken wie beabsichtigt, weil sich andere Länder – wie oben beschrieben – einfach nicht daran halten. In der Folge verlieren wir hier in Europa Wirtschaftskraft, ohne dass der Umwelt geholfen wäre, weil die schädlichen Emissionen dann eben anderswo ausgestoßen werden. Stattdessen müssen wir den Umweltschutz in einer Weise mit Wirtschaftskraft in Verbindung bringen, dass wir durch Wissenschaft und Technik Produktionsverfahren entwickeln, welche sowohl umweltverträglich als auch in Qualität und Preis international konkurrenzfähig sind.

Dass man zusätzlich auf internationale Vereinbarungen hinwirken sollte, welche umweltschädliche Produktionsweisen verhindern, ist selbstverständlich sinnvoll. Aber das auch nur dann, wenn man deren Einhaltung wirklich in der Realität durchsetzt, damit am Ende dann nicht doch die Umweltsünder auch noch wirtschaftlich für ihren Umweltfrevel belohnt werden und das obendrein zum Schaden unserer deutschen sowie europäischen Industrie.

Leider scheint dieser Weg momentan im Jahr 2025 nicht sehr realistisch zu sein: Unter der aktuellen US-Regierung von Präsident Donald Trump fehlt dafür einfach die größte Volkswirtschaft der Welt als Kooperationspartner.

Wenn man dennoch in Europa technologisch vorangehen will, so beispielsweise bei der Stahlerzeugung mit grünem Wasserstoff, dann muss man dies so stark finanziell durch öffentliche Steuermittel bezuschussen, dass derart hergestellter Stahl auch im Preis mit herkömmlichem Stahl konkurrieren kann. Zudem kann man auch den Marktzugang nach Europa für nicht entsprechend klimafreundlich hergestellten Stahl einfach konsequent untersagen. Dabei muss man aber auch immer darauf achten, dass die Kosten dafür nicht aus dem

Ruder laufen und dass die anfangs notwendigen staatlichen Subventionen **nicht von Dauer sein dürfen**. Und das kann man nur dann garantieren, wenn man in **absehbarer Zukunft auf genügend ökologisch erzeugten Strom** zurückgreifen kann, der auch noch **kostengünstig und sicher immer zur Verfügung steht**.

Es bedarf daher eines wirklich sehr genau ausgearbeiteten Plans, wie all das in welchem Zeitraum zu bewerkstelligen ist. Es reicht keinesfalls aus, dass man einfach erst einmal viel Geld ausschüttet, in der vagen Hoffnung, dass das mit dem kostengünstigen Ökostrom in genügender Menge schon bald irgendwie klappen wird.

Allerdings befürchte ich, dass genau ein solcher Plan bisher weder ausgearbeitet ist, noch dass man dann auch wirklich politisch diesen einmal eingeschlagenen Weg konsequent bis zum festgelegten Ziel – auch zeitlich – erfolgreich beschreitet. Vorher muss man natürlich alle technischen Fragen zur preisgünstigen wie sicheren ökologischen Stromerzeugung seriös geklärt haben.

Dieser Punkt ist ganz entscheidend und wurde bisher offenbar oftmals eben nicht hinreichend seriös geklärt und zwar weder in Deutschland noch Europa. Vor allem hier bei uns in Deutschland sind die Stromkosten im Vergleich zu Ländern wie China oder den USA viel zu hoch. Das müssen wir dringend ändern, aber nicht durch dauerhafte staatliche Subventionen, sondern durch technische Innovationen! Wir müssen hier in Wissenschaft und Technik viel mehr investieren, anstatt in konsumtive Zwecke, auch wenn es nicht immer angenehm ist. Aber wenn wir so weiter machen wie bisher, dann werden die Verluste zukünftig noch sehr viel drastischer ausfallen! Und das vielleicht schon schneller, als und allen lieb sein kann.

Abschließend möchte ich an dieser Stelle auf den nachfolgenden Beitrag in dieser Rubrik – Verhängnisvolle Abhängigkeiten – verweisen, in welchem es um ebensolche gegenüber China, den USA und auch Taiwan geht. Wir in Deutschland und Europa sind in strategisch zentralen Bereichen in einem Maße von den drei genannten Ländern abhängig, dass wir schon jetzt keineswegs mehr vieles selber entscheiden, ja, oftmals nicht einmal mehr mitentscheiden können. Neben einer Rohstoffabhängigkeit, wie u.a. bei den sog. ‚Seltenen Erden‘, sind wir vor allem auch technologisch in einigen Bereichen selbst hinter China zurückgefallen, von den USA oder Taiwan ganz schweigen, wodurch sich fatale Abhängigkeiten entwickelt haben.